



Niederschrift

15. Plenarsitzung des Gemeinderates
21. Oktober 2025, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 17 der Tagesordnung: Haushaltssicherungsmaßnahmen: Stufenweise Reduzierung des Geschwisterkinderzuschusses und weitere Auswirkungen auf die Kita-Finanzierung
Vorlage: 2025/0846

Punkt 17.1 der Tagesordnung: Haushaltssicherungsmaßnahmen: Stufenweise Reduzierung des Geschwisterkinderzuschusses und weitere Auswirkungen auf die Kita-Finanzierung: Reduzierung des Geschwisterkinderzuschusses in den Jahren 2026 und 2027 um 50 %
Änderungsantrag: FÜR
Vorlage: 2025/0846/1

Punkt 17.2 der Tagesordnung: Haushaltssicherungsmaßnahmen: Stufenweise Reduzierung des Geschwisterkinderzuschusses und weitere Auswirkungen auf die Kita-Finanzierung
Ergänzungsantrag: SPD
Vorlage: 2025/0846/2

Punkt 17.3 der Tagesordnung: Haushaltssicherungsmaßnahmen: Stufenweise Reduzierung des Geschwisterkinderzuschusses und weitere Auswirkungen auf die Kita-Finanzierung
Interfraktioneller Änderungsantrag: GRÜNE, CDU, FDP/FW, Volt, KAL
Vorlage: 2025/0846/3

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss wie folgt:

1. Der Geschwisterkinderzuschuss im Bereich der Kindertagesbetreuung der Sozial- und Jugendbehörde wird trägerübergreifend stufenweise bis 31. August 2027 reduziert.
Ab 1. September 2027 wird kein Geschwisterkinderzuschuss mehr gewährt. Im Zuge dessen wird die einkommensabhängige Beitragsregelung der Stadt Karlsruhe zum 1. September 2027 ausgeweitet.
Geändert durch Zustimmung zu Antrag unter Ziffer 17.3 (Es wird nur die erste der vorgeschlagenen Stufen von 30 Prozent Reduzierung zum 01.01.2026 beschlossen – Siehe Abstimmung im Protokoll)
2. Die „Richtlinie der Stadt Karlsruhe zur Förderung von Kindertagesstätten und Kinderkrippen“ wird gemäß Anlage 1 zum 1. Januar 2026 neu gefasst.

Geändert durch Zustimmung zu Antrag unter Ziffer 17.3 (Anpassung der Richtlinien)

3. Das gesamtstädtische Beitragsniveau wird, wie in Ziffer 2 der Anlage 2 dargestellt, angehoben. Die maximalen Erstkinderzuschüsse werden entsprechend Ziffer 3 der Anlage 2 angepasst.
4. Die monatlichen Benutzungsentgelte für die Betreuung in städtischen Kindertageseinrichtungen für alle Angebotsformen werden gemäß Anlage 3 erhöht.
5. Die Kostenbeiträge für die Kindertagespflege werden ab dem 1. Januar 2026 gemäß der Anlage 4 erhoben.

Abstimmungsergebnis:

Veränderte Beschlussvorlage: Mehrheitliche Zustimmung (38 Ja, 9 Nein)

Änderungsantrag TOP 17.1: Mehrheitliche Ablehnung (1 Ja, 46 Nein)

Änderungsantrag TOP 17.2: zurückgezogen

Änderungsantrag TOP 17.3: Durch Stellungnahme zugestimmt (Änderungen in Beschlussvorlage übernommen)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkte 17, 17.1, 17.2 und 17.3 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Jugendhilfeausschuss am 15. Oktober 2025 (17.1):

Ich darf darauf hinweisen, dass die Stellungnahme zum Tagesordnungspunkt 17.3, die Ihnen vermutlich noch nicht allzu lange bekannt sein dürfte, fälschlicherweise mit 17.2 oben auf dem Titelblatt gekennzeichnet ist. Da steht 17.2, es bezieht sich aber auf den interfraktionellen Antrag.

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Jahrelang hat eine Mehrheit des Gemeinderats mit großer Überzeugung dafür gesorgt, dass erstens die Kita-Gebühren in Karlsruhe so niedrig wie möglich sind, zweitens, dass Familien mit mehreren Kindern möglichst entlastet werden und drittens, finanziell schwache Familien durch hohe Zuschüsse bis hin zur Gebührenfreiheit unterstützt werden. Was hat sich nun geändert? An unserer Überzeugung nichts, wir möchten weiterhin, dass Karlsruhe eine familienfreundliche Stadt bleibt. Das wird jede und jeder in diesem Raum unterschreiben. Nur haben sich für die Erreichung dieses gemeinsamen Ziels die finanziellen Voraussetzungen drastisch verschlechtert. Gerade weil wir in kaum einem anderen Bereich unseres städtischen Haushalts über so lange Zeit ganz bewusst so hohe zusätzliche freiwillige Ausgaben hatten wie viele andere Städte nicht, können wir diesen Bereich bei den notwendigen Einsparungen jetzt nicht einfach ausnehmen. und auch nicht weiter hinauszögern.

Wir GRÜNE hatten bereits vor zwei Jahren beantragt, ein Konzept für gerechtere einkommensabhängige Beiträge zu entwickeln, und in der Zwischenzeit ist das leider nicht gelungen. Dass die Auswertung der Gebührenstaffelung für weitere Familien erst mit der vollständigen Abschaffung der Geschwisterkindbefreiung 27 kommen soll, ist vor diesem Hintergrund besonders ärgerlich. Genau so eine Situation wollten wir nämlich mit unserem Antrag vermeiden. Unsere Botschaft ist heute also eine doppelte. Ja, die Kita-Gebühren in Karlsruhe werden deutlich höher ausfallen. Sie werden aber landesweit immer noch unter dem Durchschnitt liegen. Ja, Familien mit mehreren Kindern werden in Zukunft auch für Geschwisterkinder Beiträge leisten müssen. Gleichzeitig werden die Familien, die finanziell in schwierige Fahrwasser geraten, aber auch schneller in eine teilweise oder vollständige

Gebührenfreiheit rutschen. Und wir werden weiter daran arbeiten, was wir, wie bei den Karlsruher Pässen auch, für sehr wichtig halten, dass die dafür nötigen Anträge künftig noch niederschwelliger und einfacher sind.

Im Sinne größerer öffentlicher Beteiligung schließen wir uns dem vorliegenden Änderungsantrag an, der von der CDU initiiert wurde, der zum Ziel hat, einen Teil der Beschlüsse erst in den Haushaltsberatungen im Dezember zu fassen. Den weiteren Änderungsantrag von Friedemann Kalmbach lehnen wir aus diesem Grund ab, ebenso den der SPD, falls der nicht zurückgenommen war, das weiß ich jetzt nicht, da wir dieses Jahr und nicht irgendwann einen funktionstüchtigen Haushalt brauchen, und wir möchten gern steuern, wo wir sparen.

Stadtrat Bunk-Merkel (CDU): Vor einigen Monaten lag der Vorschlag zur vollständigen, sofortigen Streichung des Geschwisterkindzuschusses auf dem Tisch. Es war für viele Familien, aber auch für viele hier im Gremium ein Schock. Deshalb gab es den Auftrag an die Verwaltung, die Reduzierung des Geschwisterkindzuschusses alternativ und harmloser zu gestalten. Jetzt gibt es einen Vorschlag, das finden wir grundsätzlich gut. Es ist vollkommen klar, dass auch der Bereich der Kinderbetreuung einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten muss, auch wenn das natürlich schmerzt. Damit wir die Betreuungskosten nicht später noch stärker erhöhen müssen, um den gleichen Einsparbeitrag zu leisten oder zu erreichen, ist es wichtig, dass wir den vorgeschlagenen Maßnahmen mit der Wirkung zum 1. Januar, also ziemlich bald, heute zustimmen, das heißt die Erhöhung der Betreuungsentgelte und die Reduzierung um 30 Prozent beim Geschwisterkindzuschuss.

Nicht beschließen sollten wir heute aber alles, was die Verwaltung für später vorgeschlagen hat. Diese Beschlüsse gehören in die Haushaltsberatung, denn dort setzen wir unsere Schwerpunkte und Prioritäten. Für uns als CDU haben Kinder und Familien eine sehr hohe Priorität. Kinder sind unsere Zukunft. Als junger Vater weiß ich, wie teuer das Familienleben schon jetzt ist. Dass wir Familien absehbar weiter belasten müssen, tut uns weh. Es sind nicht nur die Betreuungsentgelte, es geht auch um den viel besagten Zoo-Eintritt oder beispielsweise die Schwimmbadpreise. Wir wollen aber definitiv nicht den Haushaltsberatungen hier vorgreifen. Wenn wir jetzt dieses vorgeschlagene Konzept schon beschließen würden, würden wir aber genau das tun. Wenn wir am Ende der vollständigen Reduzierung, zwar schrittweise, aber vollständig zustimmen, dann ist es Teil eines Gesamtpakets, und dieses Gesamtpaket möchten wir auch kennen. Deshalb ist heute unser Antrag: Zustimmung für die Maßnahmen zum 1. Januar, alles Weitere im Dezember.

Stadträtin Schmid (SPD): Reden ist Silber, zuhören ist Gold. Bei mir hallt dieser Protestruf gerade echt noch nach. Wir als SPD-Fraktion haben zugehört. Rosa hat geschrieben: „Wie sollen wir planen, können wir uns noch ein Kind leisten oder in Karlsruhe wohnen bleiben?“ Viktoria hat gesagt: „Familien der Mitte fühlen sich geschröpft, Kinder werden zum Luxus.“ Und Julian mahnt: „Wenn die Auswirkungen erst auf dem Gebührenbescheid sichtbar werden, ist es zu spät.“ Diese Stimmen stehen für viele Familien und Elternbeiräte, die uns in den letzten Tagen und Wochen geschrieben haben, dafür ein ganz herzliches Danke an Sie alle. Sie haben deutlich gemacht, dass es nicht nur um Beiträge geht, sondern um Planbarkeit und um Vertrauen. Es ist unübersehbar, leider Karlsruhe steht vor einem großen Defizit, und wir müssen irgendwie diese 80 Millionen Euro zusammenkriegeln. Für uns als SPD-Fraktion ist es wichtig, dass wir das verantwortungsvoll machen,

verantwortungsvoll sparen, steuern und nicht überrollen. Das hat die Stadtratskollegin von den GRÜNEN aber auch schon gesagt.

Wir haben heute als SPD-Fraktion einen Änderungsantrag eingebracht, den wir jedoch zurückziehen, mit Blick auf die Mehrheiten, die für eine Verschiebung der Entscheidung zur stufenweisen Reduzierung des Geschwisterzuschusses sind. Wir hätten gerne für die Planbarkeit von Familien und Verwaltung heute entschieden, dass der Geschwisterzuschuss ab 1. Januar 2026 auf 70 Prozent und ab 1. September 2026 auf 50 Prozent reduziert wird bei gleichzeitiger Erhöhung der Betreuungskosten. Dieser Weg wäre zumindest planbar gewesen für Eltern und Verwaltung. Einer vollständigen Streichung, da gehen wir mit der CDU mit. Ab 2027 würden wir nicht zustimmen, solange kein neues sozial gerechtes Modell vorliegt.

Bisher haben alle, auch sehr gut Verdienende, vom Geschwisterkindzuschuss profitiert. Künftig soll die Entlastung dort ankommen, wo sie wirklich gebraucht wird. Darum wollen wir gemeinsam mit der Verwaltung im Laufe des nächsten Jahres ein neues Beitragsmodell erarbeiten, das beispielsweise das Einkommen der Eltern stärker berücksichtigt, auch ein Thema von den GRÜNEN. Und dieser Punkt, der ist uns ganz wichtig. Niemand wird in dieser Übergangszeit allein gelassen. Familien mit geringem Einkommen werden weiterhin über die wirtschaftliche Jugendhilfe, und zwar weit über den gesetzlichen Vorgaben hinaus, entlastet. Stichwort Entlastung, klar ist aber auch, dass eine echte Entlastung der Familien auf Dauer nur gelingen kann, wenn das Land, da sind wir wieder beim Thema, die Kommunen endlich stärker unterstützt. Kostenfreie Bildung sollte langfristig unser gemeinsames Ziel bleiben. Für uns als SPD-Fraktion ist das Ziel hier im Gremium klar: Planbarkeit für Familien und Verwaltung heute, Gerechtigkeit und Entlastung für morgen, denn wir wollen, dass Karlsruhe auch künftig zu den familienfreundlichsten Städten in Deutschland gehört.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich kann mich noch gut erinnern an den 17. Juli 2018. Da haben wir hier im Gemeinderat darüber beraten, dass wir die Kita-Gebühren langfristig abschaffen wollen. Wir waren uns eigentlich alle einig, dass wir in diese Richtung gehen wollen. Ich habe damals für die AfD auch mich dafür ausgesprochen. Die Argumente sind, dass günstige, qualitativ hochwertige Kinderbetreuung einfach wichtig ist. Es ist wichtig auch für die Gleichberechtigung von Mann und Frau, denn wenn sich Familien die Kinderbetreuung nicht leisten können, dann bedeutet es, dass meistens die Möglichkeiten der Frau eingeschränkt werden, weil sie dann zu Hause sich um die Kinder kümmern muss. Auf der anderen Seite ist günstige, qualitativ hochwertige Kinderbetreuung ein Anreiz dafür, dass Familien überhaupt Kinder bekommen, und das muss uns allen ganz wichtig sein. Es gibt viele Argumente mehr, warum es eine gute Regelung war und noch ist, eine gute Regelung immer noch ist, dass Geschwisterkinder hier in Karlsruhe praktisch kostenfrei sind in der Betreuung. Und wenn wir einmal schauen, direkt neben unserer Gemarkung in Rheinland-Pfalz sind Kinder generell ab zwei Jahren kostenfrei in der Kinderbetreuung. Man muss dazu wissen, dass wir in Baden-Württemberg in den Länderfinanzausgleich einzahlen. Rheinland-Pfalz kann sich das nicht leisten, die bekommen Geld. Und trotzdem leistet sich Rheinland-Pfalz ab zwei Jahren kostenfreie Kita, kostenfreie Kinderbetreuung. Wenn man das alles so sieht, dann fragt man sich: Wieso sollen wir das jetzt aufgeben? Wieso sollen wir diesen Kompromiss, den wir haben, dass ab dem zweiten Kind praktisch kostenfrei die Betreuung ist, wieso sollen wir den jetzt aufgeben? Nur weil wir sparen müssen? Ist

es richtig, an dieser Stelle zu sparen? Wir sind der Meinung, an dieser Stelle wollen wir nicht sparen.

Deswegen werden wir alle Anträge, die heute gestellt werden, denn alle Anträge beantragen, dass hier gespart wird, ablehnen. Wir wollen an anderen Stellen sparen, und wir werden in unseren Vorschlägen für den Haushalt klar aufzeigen, an welchen Stellen wir stattdessen sparen wollen.

Stadtrat Nguyen (Volt): Die Volt-Fraktion unterstützt den Änderungsantrag der CDU. Es wäre leicht zu sagen, dass wir nicht dabei waren. Wir sind nicht in der Bundesregierung, in der Landesregierung, auch hier in Karlsruhe haben wir lange nicht mitgemischt, aber es wäre einfach zu einfach, und wir möchten auch in dieser finanziellen Schieflage Verantwortung übernehmen. Natürlich ist die Kürzung auch um 30 Prozent sehr schmerzhaft für Familien, aber das Problem ist auch hier, dass wir als Stadt Karlsruhe ein Problem versuchen zu lösen, das eigentlich vom Land oder vom Bund gelöst werden müsste. Das heißt, egal welche Lösung wir finden, auch langfristig wäre das nicht der richtige Weg. Das Ziel ist jetzt, dass wir noch etwas Zeit gewinnen, um etwas Brauchbares zu erarbeiten und eine Lösung finden, sodass Eltern nicht unter die Räder geraten.

Wir lehnen aber eine Kürzung von 100 Prozent, also die Abschaffung, die komplette Abschaffung ab. Und wir sind hier an der Stelle auch dankbar, dass die SPD ihren Änderungsantrag zurückgezogen hat, denn auch 50 Prozent kommen für uns nicht infrage. Das ist für die meisten Familien einfach finanziell nicht stemmbar. Viele Eltern verdienen dann auch gerade an der Grenze und können dann die Zuschüsse der wirtschaftlichen Jugendhilfe nicht in Anspruch nehmen und jetzt Verzeihung für die Zahlen zu später Stunde, aber die haben uns auch geholfen, hier ein klares Bild zu kriegen. Selbst eine Familie mit Mediangehalt, fünfköpfig, würde nach den Kürzungen gar keinen Spielraum mehr haben. Also nach Abzug aller Fixkosten, Wohnung, Versicherungen, Ernährung, Internet und so weiter, Auto, würde bei 100-prozentiger Kürzung null Euro übrig bleiben, bei 50-prozentiger Kürzung etwa 800 Euro. Da ist kein frei verfügbares Einkommen mehr da, weder für Urlaube, für Geld-beiseite-Legen zum Sparen oder auch einfach, wenn die Waschmaschine mal kaputtgeht. Das ist einfach nicht hinnehmbar. Das ist ein Problem, das von einem Stufenefekt verursacht wird aus unserer Sicht, gerade eben durch dieses Zuschussystem der wirtschaftlichen Jugendhilfe und wenn diese Geschwisterkindregelung wegfällt.

Noch einmal das Beispiel, noch einmal Zahlen: Mit dem Mediangehalt, fünfköpfige Familie, sie erhält Stand jetzt keinen Zuschuss, würde sie aber nur 200 Euro weniger an Gehalt haben, würde sie 500 Euro Zuschuss erhalten. Würde sie 600 Euro weniger haben, würden sie 1.100 Euro mehr Zuschuss erhalten. Und das ist einfach schon fast so, da wird eine Familie schon fast gezwungen, ein Teilzeitmodell zum Beispiel anzustreben. Das wäre ökonomisch rational, aber arbeitsmarktpolitisch wäre das sehr problematisch und im Sinne der Selbstbestimmung und der Gleichberechtigung einfach katastrophal. Und wir sagen hier, eine einkommensgestaffelte Gebührenfinanzierung, wie schon mehrmals vorgeschlagen, ist der richtige Weg.

Stadträtin Kaufmann (Die Linke): Wird Kinder-Kriegen heutzutage zum Luxus? Während die Lebenshaltungskosten in allen Bereichen steigen und von Bundesebene her ein krasser sozialer Kahlschlag kommt, haben wir hier in Karlsruhe auch noch ein enormes Haushaltsloch, welches durch unzählige Kürzungen im sozialen Bereich gestopft werden soll. Die

Vorschläge der Stadtverwaltung zur stufenweisen Abschaffung des Geschwisterkindzuschusses, zur Erhöhung der Kita-Gebühren um 16,5 Prozent und den erhöhten Verpflegungsentgelte, die vorher schon beschlossen wurden, gehören dazu. Doch dies bedeutet einen massiven Einschnitt in den Alltag vieler Menschen und ist für Familien eine extreme monatliche Mehrbelastung für eine Kindertagesbetreuung, auf die sie schlichtweg angewiesen sind. So wie wir schon im Frühjahr die Kürzungen bei den Kitas klar abgelehnt haben, so stellen wir uns auch jetzt dagegen. Vor einigen Monaten konnte die Entscheidung des Gemeinderats durch den Druck der Familien noch verhindert werden, die sich zu Recht massiv dagegen gewehrt hatten. Denn es wären Rückschritte bei Errungenschaften, die lange erkämpft werden mussten, ob bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder der Emanzipation und der Umverteilung von Care-Arbeit. Auch weil Frauen und weiblich gelebte Personen immer noch weniger verdienen als Männer, wird bei der Verteuerung der Kita-Gebühren dann wohl oft die Entscheidung zwischen Care-Arbeit oder Beruf anstehen oder Frauen werden weiter in Teilzeit gedrängt. Aber auch der mühsam beschrittene Weg zur gebührenfreien Kita wird dadurch wieder verbaut.

Natürlich brauchen wir hier ein entschlossenes Handeln der Landesregierung, so wie zum Beispiel in Rheinland-Pfalz oder anderen Bundesländern, aber wir können da nicht nur darauf warten, wir müssen trotz der Haushaltslage im Sinne einer sorgenden Stadt die Investitionen in Kitas mindestens auf dem gleichen Niveau aufrechterhalten. Aber warum ist das so wichtig? Denn es drohen uns unvorhersehbare hohe Folgekosten und soziale Effekte dieser Kürzungen. Was wir jetzt nicht in frühkindliche Bildung, Kinderbetreuung und Förderung der Kleinsten stecken, müssen wir später vielleicht vielfach durch andere Maßnahmen ausgleichen. Auch für die Fachkräfte in den Kitas werden dadurch die Arbeitsbedingungen weiter erschwert, denn je später die Eltern ihre Kinder in die Kitas bringen, desto größer ist oft der Förderbedarf.

Zuletzt darf man auch nicht vergessen, dass es Einbußen bei den Einnahmen aus der Einkommenssteuer bedeuten könnte, wenn weniger Elternteile arbeiten gehen können. Man muss es also langfristig sehen. Was wir jetzt vielleicht einsparen könnten, das würde uns in späteren Haushalten vermutlich teuer zu stehen kommen. Deswegen werden wir die Vorlage als auch die vorliegenden Änderungsanträge alle ablehnen, denn sie alle bedeuten Einschnitte beim Geschwisterkindzuschuss und eine saftige Erhöhung der Kita-Gebühren.

Stadträtin Döring (KAL): Der Geschwisterkindzuschuss ist so etwas wie die heilige Kuh der Karlsruher Familienförderung, die wir vielleicht noch nicht zur Schlachtbank führen, aber hier doch ordentlich malträtieren sollen, und das fällt uns nicht leicht. Frühkindliche Bildung sollte Familie nichts kosten. Da ist sich ein Großteil der hier sitzenden Stadträt*innen einig. Aber finanzieren können das nicht die Kommunen. Es ist erst ein paar Tage her, dass wir im Jugendhilfeausschuss über das vorliegende Prozedere beraten haben. Da ist noch die ein oder andere Frage offen, vor allem die, wie es denn genau weitergehen soll, wenn 2027 der Geschwisterkindzuschuss, so die Vorlage, komplett abgeschafft werden soll. Was ist mit Familien, die gleichzeitig drei oder mehr Kinder in der Kita haben? Wie sehen die Beispielrechnungen denn tatsächlich aus für die einzelnen Familien? Und ab wann kann man dann wirklich auf die wirtschaftliche Jugendhilfe zurückgreifen? 2026 soll also jetzt erst einmal eine schrittweise Reduktion des Zuschusses greifen oder, um es beim Namen zu nennen, ein schrittweiser Aufbau eines Betreuungsentgeltes für Zweit- und alle weiteren Kinder. 30 Prozent des Erstkinderbeitrags sollen ab dem 1. Januar 2027 für das zweite und alle weiteren Kinder erhoben werden. Über das Jahr hinweg sollen dann noch weitere

Entgelterhöhungen neben der grundsätzlichen Erhöhung um durchschnittlich 16,5 Prozent, die wir heute beschließen sollen, dazukommen.

Um für die Diskussion dieser offenen Frage und gegebenenfalls auch veränderter Modelle etwas mehr Beratungszeit zu haben, sieht der interfraktionelle Antrag vor, heute zunächst Schritt 1 und die Entgelterhöhung zu beschließen. Wir sehen die Notwendigkeit, hier den zeitlichen Vorlauf zu ermöglichen. Für die weitere Beschlussfassung erbitten wir die Zeit bis zu den Haushaltsberatungen. Bei dem Änderungsantrag der SPD haben wir vor allem bei Punkt 2 doch gewisse Sympathien, freuen uns aber auch, wenn wir die dann nicht heute, sondern an anderer Stelle weiter diskutieren.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Da werden so viele dunkle Szenarien an den Himmel gezeichnet, dass mir ganz grauslich wird. Also ich empfinde, und das sage ich jetzt ganz bewusst, selbst wenn wir uns auch darauf einstellen müssen, dass unser Lebensstandard bei allen etwas sinken wird, geht es uns immer noch sehr gut. Ich sage das gebetsmühlenhaft, weil wir immer noch sehen müssen, in welchem Land wir leben. Uns geht es immer noch sehr, sehr gut. Und die Herausforderung ist tatsächlich jetzt bei diesem Absinken des Lebensstandards an die zu denken, die es wirklich brauchen. Und das sind in der Tat die Kinder. Und das sind die Armen, die sich nicht selber helfen können. Das ist unsere Priorität. Und ich finde es schön zu sagen, Karlsruhe soll die familienfreundlichste und die kinderfreundlichste Stadt auf der ganzen Welt sein. Da bin ich vollkommen dabei, aber die Frage ist, das macht man nicht. Im Endeffekt wird es nicht das Geld richten. Im Endeffekt wird es eine Gesellschaft richten, die liebevoll miteinander umgeht, die sich akzeptiert und die die Kinder willkommen heißt. Das wird das Entscheidende sein, aber wir versuchen, das alles auf der monetären Ebene zu lösen, und das, glaube ich, das wird nicht funktionieren.

Unser Antrag zielt darauf ab, dass wir keine Abschaffung wollen, wohl anerkennend, dass wir nicht einfach so weitermachen können wie bisher. Deswegen sagen wir 50 Prozent, aber keine Abschaffung. Entschuldigung, aber die Antwort der Verwaltung habe ich nicht ganz verstanden, aber aus unserer Rechnung haut es ungefähr hin, wir hätten fast denselben Sparbetrag wie die Verwaltungsvorlage, und insofern würde man gar nicht viel verlieren. Deswegen, ich würde gerne an dem festhalten, dass wir richtig das abstimmen, selbst wenn ich nur allein bin. Ich erinnere, ich habe damals auch als Einziger dagegen gestimmt, als wir die damalige Kita-Finanzierung verabschiedet haben. Könnt ihr euch noch entsinnen? Es gab eine Kita-Finanzierung, und an der haben wir zwei Jahre gebastelt. Wir haben einen Arbeitsausschuss gehabt, um die kostenfreie Kita hinzukriegen, und die ist einfach im Sand verlaufen. Meine Sorge ist die, dass wir genauso jetzt wieder diese einkommensabhängige Staffelung, dass wir wieder so lange brauchen, dass wir das nicht hinkriegen in einer Zeit, die wirklich angemessen ist. Deswegen sage ich, lasst es uns nicht abschaffen, bevor etwas jetzt wirklich auf dem Tisch liegt. Und dann können wir es entscheiden.

Bürgermeisterin Melchien: Sehr viele Beiträge, ich versuche, auf alles einzugehen. Ich finde, vorneweg gesagt, es ist richtig und wichtig, dass Eltern auf ihre persönliche Situation aufmerksam machen. Ich finde es aber ganz wichtig, dass es nicht hier in diesem Raum geschieht, in dem Sie entscheiden müssen am Ende und sicher eine Entscheidung hier heute treffen müssen, insbesondere aber im Rahmen der Haushaltsberatung, die Ihnen alles andere als leicht fällt. Das kommt in mehreren Äußerungen hier zum Ausdruck, und das kann ich sehr gut nachvollziehen.

Frau Stadträtin Anlauf, Sie weisen darauf hin, wie wichtig in Karlsruhe Familienfreundlichkeit ist und dass wir genau deswegen ja sehr, sehr hohe Standards in diesem Bereich haben. Im Rahmen der finanziellen Entlastung kommen wir nicht umhin, diese Standards zu senken. Wir machen es aber im Bereich der Armutsbekämpfung nicht. Da soll eher der Weg hingehen, gezielter mehr zu helfen. Wir machen es in dem Bereich der Qualität nicht, das schlagen wir Ihnen hier nicht vor. Das heißt, dieser Bereich der Familienfreundlichkeit bleibt uns weiterhin erhalten und auch weiterhin in Karlsruhe sehr hoch. Wir stimmen als Verwaltung überein, dass ein wesentlicher Bestandteil der Beschlüsse, wir haben es Ihnen als Stellungnahme auf den dritten interfraktionellen Änderungsantrag mitgeteilt, im Rahmen des Doppelhaushalts erfolgen können, aber eben nicht alle. Nur die heute notwendigen werden wir miteinander treffen. Das übernehmen wir als Teil der Beschlussvorlage eben, die allgemeine Beitragserhöhung ab dem 01.01.2026, auch als Kompensation dessen, dass wir eben nicht schon im vergangenen mittlerweile Sommer die komplette Abschaffung beschlossen haben, wie es ursprünglich die Beschlussvorlage der Verwaltung vorsah.

Herr Stadtrat Bunk-Merkel, im Bereich der Kindertagesbetreuung weisen Sie zu Recht darauf hin, dass wir ihn nicht ganz gänzlich ausnehmen können im Rahmen der Haushaltskonsolidierung. Ich will hier noch einmal verweisen auf den Kostendeckungsgrad in städtischen Kindertagesstätten, den wir Ihnen in der Vorlage auch einmal dargestellt haben. Für 2024 betrug er 12,4 Prozent. Damit sind wir fast meilenweit entfernt von allgemeinen Empfehlungen, die hier in Deutschland gelten. Herzlichen Dank, dass Sie mir Gelegenheit geben, auch das noch einmal zu sagen. Und ja, es hat eine hohe Priorität. Sie haben das unter TOP 14 bewiesen, indem wir weiterhin ausbauen, trotz aller Widrigkeiten, obwohl wir Personal einsparen müssen, obwohl wir sehr, sehr enge finanzielle Rahmen haben, aber wir bauen weiter aus. Wir gehen, auch darauf geht die Vorlage ein, in der Qualität weitere Schritte, weil uns Qualität sehr wichtig ist. Und selbst in den Beiträgen bleiben wir am Ende noch unter den Empfehlungen, solange wir uns das leisten können.

Frau Stadträtin Schmid, Sie haben völlig zu Recht gesagt, wie wichtig Zuhören ist. Erklären und einordnen, glaube ich, als Folge dessen, und da stimmen Sie mir sicher auch zu, ist genauso wichtig, um vor allem zu sagen, wer sind denn die richtigen Adressaten an dieser Stelle. Und Sie weisen auch darauf hin, dass es nicht die Kommune ist an der Stelle, die das erfüllen kann, was Eltern sich hier erhoffen. An die Öffentlichkeit gerichtet, auch der Oberbürgermeister und ich sind gerade nicht die richtigen Adressaten, weil es jetzt natürlich Sache des Gemeinderats ist, die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Völlig zu Recht sagen Sie, das muss verantwortungsvoll geschehen. Es braucht Planbarkeit, es braucht auch Planbarkeit im Haushalt. Wir müssen wissen, welche Mittel müssen wir in diesem Bereich weiterhin einstellen. Und deswegen sagen wir völlig zu Recht, auch wenn wir im Rahmen der Doppelhaushalt uns verständigt haben, der endgültige Beschluss über die Abschaffung der Geschwisterkindregelung kann erst kommen, wenn wir uns darauf verständigt haben, wie eben eine stärkere Einkommensabhängigkeit darstellbar ist von Verwaltungsseite im Hinblick auf die Rahmenbedingungen, die wir haben.

Herr Stadtrat Schmidt, Sie gehen auf die Vergangenheit ein. Ich empfehle da immer die Realitäten, wenn sie sich eben verändern, auch anzuerkennen. Sie fragen, wieso sollen wir das aufgeben, wofür wir immer gekämpft haben. Auch ich habe für die Geschwisterkindregelung in ihrer Ausweitung gekämpft. Es würde nur um das Sparen gehen. Ich kann Ihnen versichern, weder die Verwaltung noch die Stadträtinnen und Stadträte, mit denen

ich sehr intensive Gespräche aktuell führe, haben Spaß am Sparen und tun das deswegen. Viele wünschen sich aber einen genehmigungsfähigen Haushalt, und auch diesen Wunsch teile ich an dieser Stelle. Es ist im Übrigen kein Automatismus, dass die Frau zu Hause bleiben muss, ich will es nur noch mal sagen, aber es ist natürlich richtig, dass das ganz oft die Konsequenz ist. Den Hinweis, den ich hier an der Stelle auch im Rahmen der Armutsbekämpfung geben möchte, die wirtschaftliche Jugendhilfe wurde angesprochen. Wir haben hier deutlich höhere Armutsgrenzen beschlossen. Die bleiben so. Auch das ist ein freiwilliger Bereich, den wir Ihnen hätten vorschlagen können zurückzunehmen, das tun wir nicht. Wir liegen deutlich höher mit unseren Einkommensgrenzen des anrechenbaren Einkommens. Um 20 Prozent haben sie sie angehoben, noch einmal bis zu 30 Prozent mit einer 50-prozentigen Reduzierung der Kita-Beiträge. Genau da wollen wir bleiben.

Herr Stadtrat Nguyen, es ist schön, dass Sie noch einmal darstellen, ein interfraktioneller Antrag ist es am Ende geworden, und das ist genau richtig. Und auch die SPD hat gesagt, sie besteht nicht auf ihrem eigenen Antrag, sondern das ist schon ein Konsens, auf den wir uns heute verständigen können. Das ist genau der wichtige Weg, mit dem wir handlungsfähig bleiben. Alles weitere müssen wir im Rahmen des Doppelhaushaltes miteinander besprechen. Ich würde Sie aber dringend bitten, uns Ihr Beispiel, wie Sie es gerechnet haben, zur Verfügung zu stellen. Wir beschäftigen uns ja im Rahmen eines Arbeitsausschusses im Frühjahr sehr intensiv mit diesen Themen, und ich kann Ihnen versichern, schon allein aus meiner Fachlichkeit, aber meine Fachverwaltung wird es sehr viel besser wissen, dass es nicht stimmt, dass kein freiverfügbares Einkommen übrig bleibt. Das ist nicht so mit den Hilfen, die wir gerade auch in Karlsruhe weiterhin haben. Ich würde es Ihnen aber gerne anhand Ihrer Zahlen auch darstellen. Deswegen schicken Sie es uns bitte, dann werden wir das liefern.

Frau Stadträtin Kaufmann, auch hier, es ist notwendig, wir müssen Bund und Land hier stärker in die Finanzierung bringen. Dann können wir auch das leisten, was Sie sich wünschen. Heute brauchen wir eben, wenn wir diese Rückschritte – und Sie sagen zu Recht, das sind hier Rückschritte, natürlich sind es Rückschritte, weil wir keine 80 Millionen insgesamt einsparen können, ohne Rückschritte vorzunehmen, aber am Ende brauchen wir eben auch an der Stelle, wenn Sie Maßnahmen nicht zustimmen, mehrheitsfähige Entscheidungen, damit wir am Ende eben nicht dort landen, dass alles Freiwillige gefährdet ist und dass wir keine Investitionen mehr tun.

Frau Stadträtin Döring, auch zu Ihnen, diese Zeit besteht jetzt, Zeit bis zum Doppelhaushalt, um die harten Entscheidungen zu treffen, aber auch Zeit bis zum Arbeitsausschuss Jugendhilfe, um uns dort auch zu verständigen, bis zu einer Regelung, bis zu einem endgültigen Beschluss der absoluten Abschaffung der Geschwisterkindregelung. Davor gibt es noch Zeit, und dann muss selbstverständlich auch ein Gemeinderatsbeschluss dazu noch einmal erfolgen. Genau das werden wir im Arbeitsausschuss vertiefen und dann wieder auf Sie zukommen. Aber mehr Einkommensabhängigkeit ist ja schon ein klares Signal und sicher die bestmögliche Entscheidung, die Sie heute treffen können.

Vielen Dank, dass Sie mir etwas Zeit gelassen haben, auf Ihre vielfältigen Äußerungen einzugehen.

Der Vorsitzende: Wir sollten auch noch mal im Rahmen der Diskussion aufarbeiten, ich möchte mich dem unbedingt anschließen, was bestimmte Situationen von Familien

betreffen. Ich würde Sie einfach bitten, so Aussagen wie, dann wären wir nicht mehr interessant für Arbeitskräfte, oder wir haben überdurchschnittlich schon hohe Belastung. Wir haben eine Berechnung gemacht, dass wir selbst gegenüber Heilbronn, die eine Beitragsfreiheit versprechen, wenn man es am Ende auf die konkrete Betreuungsstunde runterrechnet, immer noch landesweit Spitze sind. Und wenn es so sein sollte, dass die Familien sich keine Kinder mehr leisten können, wenn wir das tun, was wir hier heute abschaffen oder abschaffen wollen, dann wäre es ja so, dass die Kinderraten in anderen Städten deutlich niedriger sein müssten als in Karlsruhe. Das kann ich nicht erkennen. Dass es die Einzelnen natürlich brutal betrifft, weil sie da andere Berechnungen und Budgetplanungen haben, das ist, glaube ich, unbestritten. Da will ich auch gar keinen Abstrich machen. Aber auch manche Berechnungen, die ich so in der Presse lese, da würde ich mal gerne Gegenrechnungen aufmachen und würde auch die Presse an der Stelle bitten, die Themen etwas, sagen wir einmal, ganzheitlicher anzugehen. Denn die Aussage, dass vor allem bei Familien, in denen beide verdienen, am Ende Kinder ein hohes Risiko sind, das würde ich so, also zumindest beim mittleren Einkommen, nicht stehenlassen können, weil ich da zu ganz anderen Ergebnissen komme.

Schwierig sind die Eltern, die im Grunde außerhalb auch einer gewissen Steuerpflicht sind und die aber gleichzeitig nicht auf wirtschaftliche Jugendhilfe zugreifen können. Die haben an der Stelle ein Leck. Und das versuchen wir über diese 20, 30 Prozent, über dem normalen bundesweiten Satz für wirtschaftliche Jugendhilfe, genau die wollen wir einfangen. Also, und das geht nicht weg, das erhalten wir ja gerade, auch das ist eine hochfreiwillige Geschichte. Das vielleicht noch einmal dazu, auch ein bisschen für die öffentliche Diskussion. Wir stellen uns da wirklich jeder Diskussion.

Bürgermeisterin Melchien: Herr Stadtrat Kalmbach, selbstverständlich möchte ich noch auf Ihre Äußerung eingehen, jetzt prominent, ganz mit Fokus darauf. Und ich finde, Sie haben etwas ganz Treffendes gesagt, dass sich Familienfreundlichkeit eben nicht alleine oder nicht letztlich vordergründig im Monetären entscheidet. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, den Sie noch einmal dargestellt haben. Selbstverständlich werden wir Ihren Änderungsantrag auch zur Abstimmung bringen, aber Sie haben es vorweggenommen, am Ende wird er keine Mehrheit finden. Ich nehme aber auch das Thema, was wäre, wenn wir am Ende bei 50 Prozent bleiben, selbstverständlich in den Arbeitsausschuss, Jugendhilfeausschuss, da stellen wir Ihnen das dann noch einmal dar. Und dann kann ja auch eine Entscheidung von Ihnen sein, diesen Antrag zurückzuziehen oder eben doch dabei zu bleiben. Aber ich nehme ihn ernst, und wir werden uns darüber unterhalten.

Der Vorsitzende: So, der weitestgehende Antrag ist der Antrag von Herrn Kalmbach, auf 50 Prozent zu gehen und die völlige Abschaffung abzulehnen. Ich bitte Sie um Ihr Votum zu diesem Antrag ab jetzt. – Gut, wir haben eine mehrheitliche Ablehnung.

TOP 17.2 ist zurückgezogen, und wir haben als Verwaltung TOP 17.3 übernommen. Das heißt, die Beschlussvorlage, die Ihnen von der Verwaltung auf dem Tisch liegt, würde quasi unter Ziffer 1 dahingehend verändert, dass Sie nur die erste der von uns vorgeschlagenen Stufen von 30 Prozent Reduzierung zum 01.01.2026 hier heute beschließen. Und unter Ziffer 2 würden wir dann die Richtlinie der Stadt Karlsruhe zur Förderung von Kindertagesstätten und Kinderkrippen dementsprechend anpassen müssen. Es wird dann nicht die Richtlinie sein, die Sie schon kennen, denn da sind die weiteren Schritte auch schon gedacht. Der Rest der entsprechenden Ziffern würde dann so bleiben, wie es im Moment ist.

Und das stelle ich jetzt hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine überwiegende Mehrheit.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
29. Oktober 2025